

Hochschulen greifen Sparpläne des Bundesrates an

Die Regierung möchte in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation 460 Millionen Franken pro Jahr einsparen

Neue Zürcher Zeitung 12.2.2025

MATTHIAS VENETZ, BERN

Der Bundesrat spricht von Entlastung der Bundesfinanzen, von «verträglichen» Massnahmen. Doch Vertreter aus Bildung und Forschung fürchten massive Auswirkungen auf den Fachkräftemangel, die Wirtschaft und die innovative Schweiz.

Mit einem umfassenden Entlastungspaket will der Bundesrat seine Ausgaben reduzieren und ab 2027 bis zu 3,6 Milliarden Franken pro Jahr sparen. 460 Millionen davon entfallen auf die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation. Ende Januar hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum «Entlastungspaket 27» eröffnet.

Am Dienstag haben der ETH-Rat, der Schweizerische Nationalfonds (SNF), die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse, die Akademien der Wissenschaften Schweiz und die Schweizer Universitäten zu einem Point de Presse nach Bern geladen und die Pläne des Bundesrates kritisiert.

Investitionen in die Zukunft

Die Vertreter der Universitäten, der ETH und des SNF fordern vom Bundesrat, auf die Kürzungen zu verzichten. Sie verweisen auf eine Studie, nach der ein Franken in der Forschung einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei bis fünf Franken bringe. Oder wie Michael Hengartner, Präsident des ETH-Rates, sagt: «Eigentlich sind die Bundesbeiträge in Bildung und Forschung keine Ausgaben, es sind Investitionen in die Schweiz von morgen.» Das Entlastungspaket des Bundesrates umfasst 59 Massnahmen und folgt weitgehend den Empfehlungen der Expertengruppe Gaillard. Im Herbst 2024 hatte die Gruppe um den ehemaligen Leiter der Finanzverwaltung Serge Gaillard einen Plan vorgelegt, mit dem der Bundeshaushalt entlastet werden könnte.

Einen Teil der Massnahmen kann der Bundesrat bereits ab 2026 ohne Gesetzesänderung einführen. Darunter fällt die Kürzung der ETH- und SNF-Beiträge. Andere, wie die Kürzung der Beiträge für kantonale Hochschulen, Universitäten und Innosuisse, sollen Teil eines Mantelerlasses sein.



Der Bundesrat spricht von einer «Stärkung der Nutzerfinanzierung», die Universitäten von einschneidenden Massnahmen. A. ZAHLER / CH MEDIA

Hintergrund des Entlastungspakets sind die steigenden Ausgaben des Bundes. Ohne Sparmassnahmen würde der Bund laut eigenen Angaben ab 2027 jährlich ein Defizit von rund 3 Milliarden Franken anhäufen. Das liegt vor allem an den steigenden Kosten für die AHV und die Armee, die das Volk im ersten und das Parlament im zweiten Fall beschlossen hat. Der Bundesrat will diese Entscheide weitgehend ohne Steuererhöhungen finanzieren. Doch für die Vertreter der Akademiker-Schweiz sind die Massnahmen zu einschneidend.

Yves Flückiger, Präsident der Akademien der Wissenschaften Schweiz, schrieb bereits im November, ein gesunder Bundeshaushalt sei wichtig, doch die Kürzungen in Bildung, Forschung und Innovation seien beunruhigend. China,

die EU und die USA erhöhten derzeit ihre Investitionen in die Forschung, vor allem in Bereichen wie der Quantenphysik. Heute, so schrieb Flückiger, habe die Schweiz in diesem Bereich eine führende Rolle. «Aber wie lange noch?» Auch Hengartner sagt, er sei sich bewusst, dass der Bund sparen müsse. Doch wie üblich sind alle Akteure davon überzeugt, dass sie selbst bei der Sparrunde eine Ausnahme sein sollten.

Der Hochschulbereich trage bereits stark zur Entlastung des Bundeshaushalts bei, schreibt der ETH-Rat am Dienstag in einer Mitteilung. Nach diversen Kürzungen des Bundesrates arbeitet die ETH im laufenden Jahr bereits mit 200 Millionen Franken weniger. Ab 2026 seien es jedes Jahr 100 Millionen. Diese Kürzungen, so Hengartner,

hätten schon jetzt Folgen. Man habe bereits Forschungseinheiten heruntergefahren und teilweise sogar geschlossen. «Weitere Kürzungen würden einen noch stärkeren Abbau bedeuten.»

Höhere Studiengebühren?

Der Bundesrat schreibt in einer Mitteilung zur Vernehmlassung, es sei wichtig, dass alle Aufgabenbereiche einen Beitrag zur Reduktion der Ausgaben leisten würden. Der Bereich Bildung und Forschung sei in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Mittlerweile betrügen die Ausgaben über 8 Milliarden Franken pro Jahr. Deshalb müssten die Kantone vermehrt Leistungen übernehmen. Zudem schlägt er vor, dass beispielsweise die ETH ihre Studiengebüh-

ren erhöht. Er spricht von einer «Stärkung der Nutzerfinanzierung».

Dieser Vorschlag würde laut Hengartner eine Verdreifachung der Studiengebühren bedeuten. «Finanzstarke Familien könnten Studiengebühren von jährlich 15 000 Franken vielleicht stemmen, doch für andere wären sie eine unüberwindbare Hürde.»

Hengartner sieht die Chancengleichheit bedroht. Eigentlich haben die Hochschulen in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Studentenzahlen von 18 Prozent gerechnet. Doch nun fürchten sie, höhere Studiengebühren könnten den Fachkräftemangel weiter verstärken. Dabei, sagt Hengartner, seien gerade ETH-Absolventinnen und -Absolventen auf dem Markt eigentlich gesucht.

Man trage massgeblich zum Wohlstand der Schweiz bei, schreibt der ETH-Rat in einer Mitteilung. Doch dafür seien Investitionen notwendig. Gegenwärtig sei die ETH, so Hengartner, dank Spezialisten in der KI-Forschung ein globaler Leuchtturm, der Firmen wie Microsoft in die Schweiz locke. Doch dafür brauche man eine gewisse Flexibilität, was Investitionen betreffe.

Neben der ETH und den Hochschulen müssen sich auch Innosuisse und der SNF auf Kürzungen einstellen. Im Fall von Innosuisse sind Einsparungen von 30 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Beim SNF zwischen 2026 und 2028 mindestens 400 Millionen Franken. Laut einer Mitteilung heisst das, der SNF muss 700 Forschungsprojekte abweisen, obwohl sie alle Anforderungen erfüllen. Zudem, so der SNF weiter, könnten 2000 Forschungsstellen für junge Akademiker und Akademikerinnen gestrichen werden.

Die Vernehmlassung zum Entlastungspaket dauert noch bis am 5. Mai. In den kommenden Monaten will Hengartner das Gespräch mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern suchen und die Anliegen des Bildungs- und Forschungsbereiches einbringen.

Doch das Entlastungspaket des Bundesrates betrifft auch andere Sektoren mit einer starken Lobby. Auch sie werden ihre Interessen geltend machen. Wollen sich die Hochschul- und Forschungsverbände durchsetzen, brauchen sie eine innovative Strategie.